

Textliche Festsetzungen

1. Mit Ausnahme der Ost-West-Straße und der Planstraße 6 kann ausnahmsweise auf die Herstellung der im Bebauungsplan festgesetzten übrigen öffentlichen Verkehrsflächen verzichtet werden. Die für ein angrenzendes Baugrundstück bestehenden Festsetzungen gelten in diesem Fall auch für die ursprünglich festgesetzte Verkehrsfläche. (§ 31 BauGB)

2. Die Burger Chaussee sowie die Ost-West-Straße werden auf ihrer gesamten Länge als "Bereich ohne Ein- und Ausfahrt" festgesetzt. (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) 3. Innerhalb der Baufelder 6, 7, 8, 9, 10 und 13 sind Einzelhandelsbetriebe mit einem zentrenrelevanten Sortiment und andere Handelsbetriebe, die in Bezug auf den Verkauf an Endverbraucher vergleichbar sind, unzulässig. Das gilt nicht für Einzelhandelsbetriebe mit einem nicht-zentrenrelevanten Sortiment

sowie für Läden, die der Versorgung des Gebietes dienen. Diese sind als Ausnahme zulässig. Innerhalb dieser Baufelder sind Lagerplätze und Vergnügungsstätten unzulässig. Lagerhäuser sind innerhalb dieser Baufelder nur als Ausnahme zulässig. (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 2, 4, 5, 6, 8 und 4. Innerhalb der Baufelder 34.1 und 34.2 sind Einzelhandelsbetriebe und andere Handelsbetriebe, die in Bezug auf den Verkauf an Endverbraucher vergleichbar sind, Lagerhäuser, Lagerplätze, Anlagen für

kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke und Vergnügungsstätten unzulässig als Ausnahme zulässig. (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 2, 4, 5, 6, 8 und 9 BauNVO) 5. Innerhalb der als eingeschränktes Gewerbegebiet (GEe) festgesetzten Baufelder 32 und 33 sind zum Schutz der angrenzenden empfindlichen Nutzungen nur nicht wesentlich störende Anlagen und Betriebe zulässig. Innerhalb dieser Baufelder sind Einzelhandelsbetriebe und andere Handelsbetriebe, die in

Bezug auf den Verkauf an Endverbraucher vergleichbar sind, Lagerhäuser, Lagerplätze und Vergnügungsstätten unzulässig. (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 2, 4, 5, 6, 8 und 9 BauNVO) 6. Innerhalb des Baufeldes 32 ist die Erweiterung, Änderung, Nutzungsänderung bzw. die Erneuerung der vorhandenen Wohnnutzung zulässig. (§ 1 Abs. 10 BauNVO) 7. Innerhalb der Baufelder 5.1, 5.2, 14, 15, 16, 17 und 18 sind allgemein Betriebe, die in Wohn- und in Speisewirtschaften, Einzelhandelsbetriebe und andere Handelsbetriebe, die in Bezug auf den **V**erkauf an Endverbraucher vergleichbar sind, sowie Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für

gesundheitliche und für sportliche Zwecke sowie Gebäude für freie Berufe unzulässig. Lagerhäuser und Lagerplätze, Räume für freie Berufe sind nur als Ausnahme zulässig. (§ 1 Abs. 4, 5, 6, 8 und 9 BauNVO) 8. Innerhalb der Baufelder 11. 12. 19. 20. 21. 26 und 27 sind Einzelhandelsbetriebe mit einem Endverbraucher vergleichbar sind, unzulässig. Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Schank- und Speisewirtschaften, Einzelhandelsbetriebe mit einem nicht-zentrenrelevanten Sortiment und andere Handelsbetriebe, die in Bezug auf den Verkauf an Endverbraucher vergleichbar sind, Läden, die der Versorgung des Gebietes dienen, Lagerhäuser und Lagerplätze, Gebäude und Räume für freie Berufe sind innerhalb dieser Baufelder nur als Ausnahme zulässig. (§ 1 Abs. 4, 5, 8, und 9 BauNVO) 9. Innerhalb der als eingeschränktes Industriegebiet (Gle) festgesetzten Baufelder 22, 23, 24, 25, 28, 29, 30.1, 30.2 und 31 sind nur nicht erheblich belästigende Gewerbebetriebe aller Art zulässig. Innerhalb dieser Baufelder sind Einzelhandelsbetriebe mit einem zentrenrelevanten Sortiment und andere

Handelsbetriebe, die in Bezug auf den Verkauf an Endverbraucher vergleichbar sind, und Lagerplätze

unzulässig. Einzelhandelsbetriebe mit einem nicht-zentrenrelevanten Sortiment und andere

Handelsbetriebe, die in Bezug auf den Verkauf an Endverbraucher vergleichbar sind, Läden, die der Versorgung des Gebietes dienen, Lagerhäuser sowie Gebäude und Räume für freie Berufe sind nur als Ausnahme zulässig. (§ 1 Abs. 4, 5, 8, und 9 BauNVO) 10. Als Ausnahme können innerhalb der Baufelder 5.1 und 5.2 sowie 14 bis 27 auf bis zu 10% der Fläche

des jeweiligen Baugrundstücks betriebstechnisch notwendige Anlagen bis zu einer Höhe von 60 m zugelassen werden. (§ 16 Abs. 6 BauNVO) 11. Als Ausnahme können innerhalb der Baufelder 13 sowie 28 und 29 betriebstechnisch notwendige bauliche Anlagen bis zu einer Höhe von 30 m zugelassen werden, wenn ihre Grundfläche je

Baugrundstück insgesamt 50 m² nicht überschreitet. (§16 Abs. 6 BauNVO)

12. Als Ausnahme können innerhalb der Baufelder 6 bis 12, 30.1 bis 31 sowie 34.1 und 34.2 betriebstechnisch notwendige bauliche Anlagen bis zu einer Höhe von 20 m zugelassen werden, wenn ihre Grundfläche je Baugrundstück insgesamt 30 m² nicht überschreitet. (§16 Abs. 6 BauNVO) 13. Gebäude, die zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses außerhalb der überbaubaren Flächen

Bestand haben, dürfen die festgesetzten Baugrenzen bis zu den bestehenden Außenkanten dieses Gebäudes überschreiten. (§ 23 Abs. 2 Satz 3 BauNVO) 14. Innerhalb der mit dem Planzeichen 13.3 der PlanzV und mit M3 gekennzeichneten Waldfläche ist Mischwald anzupflanzen. (§9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

15. Die geplanten Waldflächen, die mit dem Planzeichen 13.3 der PlanzV und mit M4 gekennzeichnet sind, sind der natürlichen Sukzession zu überlassen. (§9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) 16. Innerhalb der mit dem Planzeichen 13.3 der PlanzV und mit M5 gekennzeichneten Fläche ist die vorhandene Wiese zu erhalten und extensiv zu bewirtschaften. Teile sind durch die Anlage von

Fläche sind Lebensräume für Reptilien durch das Anlegen von Steinwällen zu integrieren. (§ 9 Abs. 1 Nr. ausgefertigt. 17. Innerhalb der mit dem Planzeichen 13.3 der PlanzV und mit M6 gekennzeichneten Fläche sind die vorhandenen Versieglungen vollständig zur beseitigen. Die gewonnenen Flächen sind der natürlichen

Magerstandorten bzw. Rohbodenstrukturen als Silbergras bzw. Grasnelkenflur zu entwickeln. In diese

Sukzession zu überlassen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) 18. Die mit dem Planzeichen 13.3 der PlanzV und mit M7 gekennzeichnete Waldfläche ist der natürlichen Entwicklung zu überlassen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

19. Innerhalb der mit dem Planzeichen 13.3 der PlanzV und mit M8 gekennzeichneten Fläche ist offen zu halten. Dieser Bereich ist dauerhaft vor natürlicher Sukzession zu schützen. Eine Bewirtschaftung der Fläche ist nicht zulässig. (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) 20. In den Baufeldern 1.1 bis 12 ist auf den Baugrundstücken je 1.000 m² vollständig überbauter Fläche ein Fledermauskasten an geeigneten Fassadenteilen der Gebäude anzubringen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 20

21. Das von den Dach- und sonstigen Flächen anfallende Niederschlagswasser ist auf den Grundstücken, auf denen es anfällt, schadlos zu versickern. (§9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Nachrichtliche Übernahmen

Für die Stadt Cottbus besteht eine rechtswirksame "Satzung zum Schutz von Bäumen der Stadt Cottbus" -Cottbuser Baumschutzsatzung- (CBSchS).

Rechtsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBI. I S. 2414 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2014 (BGBI. I S. 954)

Katastervermerk

Die verwendente Planunterlage enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters mit Stand vom 18.10.2007 und weist planungsrelevante bauliche Anlagen, Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. Sie ist hinsichtlich der planungsrelevanten Bestandteile geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

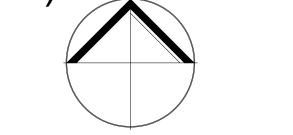
Lage und Höhenplan mit Grenzeintragung des Fachbereichs Geoinformation und Liegenschaftskataste

Gemeinde Cottbus

Gemarkung Brunschwieg Gemeinde Kolkwitz

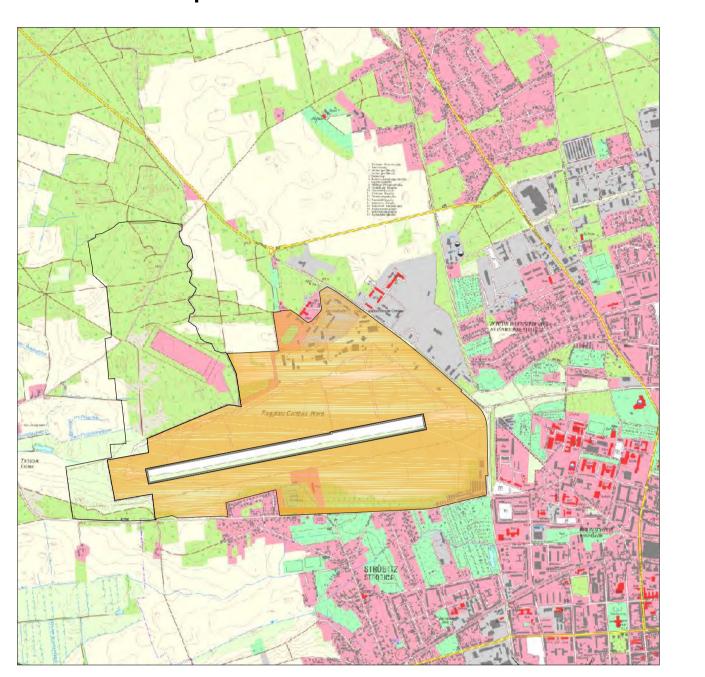
Gemarkung Kolkwitz Bestandsmessung: Okt 2007

Originalmassstab 1: 2500 (A0)



Technologie-& Industrie-**Park Cottbus**

Übersichtsplan Teilbereich Cottbus



Ausfertigungsvermerk Der Bebauungsplan in der von der Stadtverordentenversammlung Cottbus am gem. §10 (3) BauGB als Satzung beschlossenen Fassung vom ., bestehend aus dem Plan- und dem Textteil wird hiermit

Der Beschluss des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am im "Amtsblatt für die Stadt Cottbus" Nr./....... Jahrgang vom bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln in der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 214 (1) Satz 1 Nr. 1-3 und (2) BauGB) gem. § 215 (2) BauGB und weiter auf die Fälligkeit

sowie (4) BauGB) gem. § 44 (5) BauGB hingewiesen worden.

und das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 (3) Satz 1 und 2

Der Oberbürgermeister

Cottbus

Bebauungsplan

Technologie- & Industriepark Cottbus

Teil Cottbus

Fassung August 2014 (Stand 12.09.2014)



SVV Beschlussvorlage IV- 58 / 14 Entwurf BBP W / 49 / 73 "TIP Cottbus" Ausleggnsbeschluss - 2. Offenlage